



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

a) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2177

b) Regelungen zur Barrierefreiheit im Medienstaatsvertrag zukünftig nachbessern - Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen wirksam verbessern!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2192

Barrierefreiheit in Rundfunk und Telemedien gewährleisten

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2270

Mit Plenarbeschluss vom 18. Juni 2020 hat der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2177, und die Anträge (Drucksache 19/2192 und Drucksache 2270) dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat Gesetzentwurf und Anträge mit der Landesregierung beraten. Zum Gesetzentwurf zu a) schloss er die Beratung in seiner Sitzung am 12. August 2020, zu den Anträgen zu b) in seiner Sitzung am 19. August 2020 ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD empfiehlt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2177, dem Landtag zur Annahme.

Den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2192, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW zur Ablehnung.

Den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2270, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende